

# Die Gesamtschule wird teurer

## Die Marktlage im Bausektor führt zu gestiegenen Gesamtbaukosten

**Höhenhaus.** Dass der Markt für Bauleistungen sich weiterhin drastisch verschärft, bekommt die Stadtverwaltung auch bei einem ihrer wichtigsten Schulbauprojekte zu spüren: Die Vergabe an einen Generalunternehmer für den Neubau der Willy-Brandt-Gesamtschule in Höhenhaus steht kurz vor der Beauftragung. Doch die Neubauten von Schule und Sporthalle werden mehr kosten als vorhersehbar war.

Die Marktlage ist nach Angaben der städtischen Gebäudewirtschaft so eng, dass die Angebote aus dem Ausschreibungsverfahren zur Suche eines

Generalunternehmers noch höher liegen als angenommen. Dies wurde nun bei der Eröffnung und Auswertung der Angebote deutlich.

Beide Angebote lagen weit über den von der Stadtverwaltung zum Zeitpunkt des Baubeschlusses am 28. September 2017 angenommenen Kosten. Demnach werden sich die Gesamtbaukosten (ohne Einrichtungskosten in Höhe von rund 6,9 Millionen Euro) auf 112,3 Millionen statt 95,8 Millionen Euro belaufen. Die Verwaltung hatte in der Ursprungssumme bereits Risikozuschläge sowie eine anzunehmende Baupreis-

steigerung von 2,3 Prozent einkalkuliert. Doch die Preissteigerung hat sich innerhalb des vergangenen Jahres auf deutlich mehr als die angenommenen 2,3 Prozent entwickelt. Gemäß Statistischem Bundesamt liegt der Baupreissteigerungsindex für das erste Quartal 2018 für gewerbliche Betriebsgebäude um 4,1 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum. Hintergrund ist die mehr als gesättigte Marktlage im Baubereich, die sehr hohe Auslastung der Baufirmen mit Aufträgen, wenig Rücklauf auf Ausschreibungen und entsprechende Preiserhöhungen bei den Firmen, die

überhaupt noch Angebote abgeben. Mit den vorbereitenden Arbeiten wie dem Abbruch von Bestandsgebäuden wurde bereits begonnen. Dazu gehören die Baufeldfreimachung für den Schulbau, der Teilrückbau im Bereich der Verwaltung, Abbruch der Geräteschuppen an der Turnhalle sowie Kanalbauarbeiten. Um den Terminplan für die Willy-Brandt-Gesamtschule nicht zu gefährden – geplante Fertigstellung ist Juni 2020 –, werden dem Rat der Stadt Köln für die Sitzung am 7. Juni abschließend Mehrkosten in Höhe von 16,5 Millionen Euro zur Genehmigung vorgelegt.